



## **Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie**

38. Sitzung (nicht öffentlich)

22. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitz: Annegret Krauskopf (SPD)

Stenograph: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts 1999 (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300, Vorlage 12/2232

Einzelplan 11

Kapitel 11 050 - Kinder, Jugend, Familien- und Altenhilfe

1

Der Ausschuß setzt seine Haushaltsberatungen mit der Detailberatung fort.

**2** **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK -**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3271

5

Die Fraktionen äußern sich zum Gesetzentwurf der Landesregierung vor dem Hintergrund der am 19. Oktober 1998 durchgeführten Anhörung.

**3** **Verbesserung der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien**

Antrag der Fraktion der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 12/3067, Vorlage 12/2239

6

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie empfiehlt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion dem Ausschuß für Migrationsangelegenheiten folgende Ergänzung des Antrags der Koalitionsfraktionen - Drucksache 12/3067:

Durch gezielte Information und Motivation der Eltern sowie der Erhöhung der Aufnahmebereitschaft der Träger sollen für die Kinder aus Zuwandererfamilien der Zugang und die Wahrnehmung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz erhöht werden.

Der Antrag selber wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion angenommen.

**4 Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche (u.a. Erfahrungen mit Blue Box)**

12

Der Ausschuß nimmt zunächst einen umfangreichen Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit entgegen, der dem Ausschußprotokoll als Anlage beigefügt ist. Eine Diskussion schließt sich an.

**5 Verschiedenes**

- Siehe Seite 13 des Diskussionsteils

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts 1999 (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300, Vorlage 12/2232

Einzelplan 11

Kapitel 11 050 - Kinder, Jugend, Familien- und Altenhilfe

**Antonius Rüsenberg (CDU)** merkt an, entgegen der Praxis früherer Jahre sei der Ausschuß bereits in der vorigen Sitzung sehr intensiv in Detailbereichen des Haushaltsplan eingestiegen. Insofern verzichte seine Fraktion in der heutigen Sitzung darauf, auf solche Gesichtspunkte erneut einzugehen.

Wann sei im Zusammenhang mit den Unterhaltsvorschußleistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz - Kapitel 11 050, Titel 681 00 - mit der Auswertung des Berichts des Landesrechnungshofes zu rechnen?

**Ministerialdirigent Dr. Harms (Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Senioren)** antwortet, die Abstimmung mit den zu beteiligenden Ressorts sei eingeleitet worden. Ende Oktober solle das Ergebnis im Rahmen einer gemeinsamen Stellungnahme formuliert werden. Die abgestimmte Position der Landesregierung werde im November vorgetragen werden können.

Betreffend die **Titelgruppe 61 - Landesjugendplan** - möchte **Antonius Rüsenberg (CDU)** wissen, wann die Richtlinien zum Landesjugendplan vorliegen würden. Soweit die Abwicklung der Mittelverteilung den untergeordneten Behörden über den Erlaßweg bekannt werde, solle auch der Ausschuß entsprechend informiert werden. Das gestatte eine fundierte Diskussion im Ausschuß und auf örtlicher Ebene. Wie solle künftig bei der altersbezogenen Bezuschussung verfahren werden? Speziell gehe es um die Mitglieder in Jugendverbänden bis zu einer Altersgrenze von 27 Jahren. - Gebe es bereits eine Übersicht der neuen von den Trägern im Lande übernommenen Aufgabenschwerpunkte? Sei tendenziell zu erkennen, daß haushaltspolitisch reagiert werden müsse?

**Ministerin Fischer** sagt dem Ausschuß die Richtlinien für Mitte/Ende November zu. Ebenfalls werde das Ministerium eine Information über die Mittelverteilung im Zusammenhang mit den untergeordneten Behörden zuleiten können. - Derzeit sei es noch zu früh, einen Überblick über die vom Abgeordneten Rüsenberg angesprochenen Anträge von Trägern zu liefern.

Zur politischen Jugendverbandsarbeit erläutert **Regierungsangestellter Schäfer (MFJFG)**: Das Kinder- und Jugendhilfegesetz gehe grundsätzlich nur von einer Altersgrenze bis 27 Jahren aus. § 11 Abs. 4 KJHG lasse jedoch auch über-27jährige zu. Das betreffe z. B. den Ring Politischer Jugend. Die Spanne bis zum 35. Lebensjahr stelle dort kein Hindernis dar. Teilnehmer an außerschulischen Bildungsmaßnahmen könnten einbezogen werden.

**Willi Zylajew (CDU)** ist an vertiefenden Informationen über die konkrete Umsetzung des neustrukturierten Landesjugendplans in den Kommunen interessiert. Ihm sei bekannt, daß in einem Fall ein Jugendamt als örtlich zuständige Behörde einem evangelischen Träger mitgeteilt habe, dessen Antrag nicht zu Kenntnis nehmen zu wollen. Die Änderungen seien offensichtlich noch nicht bis dahin vorgedrungen. Wie weit sei bereits, fragt der Abgeordnete, auf die veränderte Förderungspraxis hingewiesen worden?

**Regierungsangestellter Schäfer** führt aus, das zuständige Ministerium habe sowohl bei den Jugendpflegerveranstaltungen des Landschaftsverbandes Rheinland und des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, mehreren Veranstaltungen der kommunalen Spitzenverbände und den zentralen Jugendamtsleitertagungen beider Landschaftsverbände gerade diese Problematik ausführlich erörtert und sehr differenziert dargestellt. Die Landesjugendämter seien Ansprechpartner und Bewilligungsbehörden. Diese Information habe zumindest das zuständige Ministerium breit im Lande gestreut. Ein Antrag, der sich auf ganz bestimmte Bereiche beziehe, sei an das zuständige Landesjugendamt zu richten. Die Bescheidung eines solchen Antrags werde unter anderem davon abhängig gemacht, ob die Maßnahme im Rahmen örtlicher Jugendhilfeplanung passend sei und insofern in die Zuständigkeit des Jugendamtes vor Ort gehöre. Die Einschätzung der Jugendamtsleiter fallen unterschiedlich aus, ob dieses Verfahren auf Dauer gesehen richtig sei. Manche Jugendämter sähen es lieber, wenn die Anträge über sie liefen.

**Titelgruppe 65:** Förderung von Einrichtungen anerkannter Träger der Familienbildung zur Durchführung von ergänzenden Maßnahmen der Familienbildung und Förderung noch nicht nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannter Einrichtungen der Familienbildung -

**Titel 684 65 - Zuschüsse an Einrichtungen der Familienbildung sowie zur ergänzenden Förderung von Familienbildungsmaßnahmen gem. § 27 WbG -**

**Bernhard Tenhumberg (CDU)** fragt, ob effektiv gesehen eine Mittelkürzung eingetreten sei. Wie begründet das Ministerium diese Kürzung?

Die Haushaltsplanverhandlungen für 1999, legt **MDgt Dr. Harms** dar, seien unter anderem mit der Vorgabe geführt worden, zwischen gesetzlichen und freiwilligen Maßnahmen klar zu trennen. Davon seien auch die Veranschlagungen im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes betroffen gewesen. Die Zuschüsse an die freiwilligen Träger seien im Zuge der Einsparungs- und sonstigen Vorgaben als Maßnahmen in der Titelgruppe 65 - Stichwort: Ermessensmittel - zusammengefaßt worden.

**Titelgruppe 68: Kosten der Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens**

In der letzten Ausschußsitzung, erinnert **Bernhard Tenhumberg (CDU)**, seien detaillierte Unterlagen und ein Bericht der Landesregierung für Ende Oktober zugesagt worden. Werde dieser Termin eingehalten werden können? Werde dem Ausschuß die Langfassung des Gutachtens zur Verfügung gestellt? - Die für Ende Oktober zugesagten Unterlagen bestätigt **Ministerin Fischer**, würden fristgerecht zur Verfügung gestellt.

Das Gutachten, führt **MDgt Dr. Harms** aus, liege vor und werde mit den Informationen über die detaillierten Strukturen zugeleitet. Die Anerkennungsverfahren und weiteren Gespräche seien im Gange, damit die Anfinanzierung erfolgen könne. Der Prozeß sei jedoch noch nicht endgültig abgeschlossen. Januar 1999 wäre als Berichtstermin günstiger, weil dann bekannt sei, wer und in welcher Größenordnung beteiligt werde.

Zur **Titelgruppe 70**, betreffend die **Förderung von Einrichtungen der erzieherischen Jugendhilfe**, möchte **Bernhard Tenhumberg (CDU)** wissen, ob angesichts der zurückgefahrenen Ansätze kein Bedarf mehr in diesem Bereich bestehe.

**MDgt Dr. Harms** erinnert daran, dieser Bereich sei Anfang der 90er Jahre gesetzlich geregelt worden. Die Aufgabe liege ausschließlich in kommunaler Trägerschaft. Aufgrund der Beschlußlage des Landtags habe sich das Land bereiterklärt, übergangsweise von 1995 bis 1998 diese kommunale Ausgabe mitzufinanzieren.

**Titelgruppe 80: Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK**

**Bernhard Tenhumberg (CDU)** fragt nach, wie die höheren Kosten angesichts einer reduzierten Kindergartenplatzzahl zu begründen seien. - Wie werde das erhöhte Elternbeitragsaufkommen gerechtfertigt? Wie hätten sich die Sollansätze- und das Ist-Ergebnis in den letzten fünf Jahren zueinander entwickelt? Ansprechen wolle er dabei insbesondere den Elternbeitragsausgleich.

**Ministerin Fischer** teilt mit, daß der Ansatz trotz steigender Platzzahlen geringer werde, hänge damit zusammen, daß das Ausbauprogramm ausgelaufen sei.

**Bernhard Tenhumberg (CDU)** geht bei dieser Gelegenheit auch auf die Betriebskosten ein. Im Haushaltsentwurf 1999 seien 550 000 Kindergartenplätze ausgewiesen. Im letzten Jahr seien es ca. 544 000 Plätze gewesen. Der Mittelansatz betrage aktuell 1 231 860 000 DM. Für 1988 habe der Betrag bei 1 264 000 000 DM gelegen. Dividiert durch die Platzzahl ergebe sich eine höhere Zuwendung für 1988 als für 1999. Er bitte um eine Erklärung.

**Antonius Rüsenberg (CDU)** weist darauf hin, in den letzten Jahren hätten immer mehr Träger vor Ort den § 19 KJHG konkret umgesetzt, nach dem die Anwesenheit des gesamten Personals nicht erforderlich sei, solange nur ein einziges Kind zu betreuen sei. In der Anhörung des vergangenen Montags sei angedeutet worden, daß man in Schritten bereits auf die veränderte Nachfrage insbesondere im Nachmittagsbereich vor Ort reagiert habe.

Die Entwicklung für 1999, so **Ministerin Fischer**, sei auf der rechtlich noch zu beschließenden Grundlage kalkulatorisch berücksichtigt.

Zum Elternbeitragsausgleich und dem nachgefragten Soll/Ist-Vergleich bemerkt **Ministerialrat Breuksch (MFJFG)**, die Steigerung ergebe sich aus dem Umstand, daß einerseits die Elternbeiträge nicht angehoben worden seien, andererseits sich die Betriebskosten weiterentwickelt hätten. Grundsätzlich unterstelle das Ministerium, daß die neu hinzukommenden Eltern das gleiche "Defizit" mitbrächten, wie die Eltern bisher. Die Soll/Ist-Gegenüberstellung könne das Ministerium nachreichen.

#### **Sozialpädagogisches Institut NRW - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie**

**Antonius Rüsenberg (CDU)** bittet das Ministerium, zu Beginn des nächsten Jahres den Leiter und weitere Verantwortliche des SPI in den Ausschuß zu laden, um Bilanz der Arbeit des SPI zu ziehen und die Zukunftsperspektiven zu erörtern.

Sodann bittet die **Ausschußvorsitzende** die Fraktionen darum, spätestens 3 Tage vor der abschließenden Sitzung des Ausschusses zum Haushalt Anträge beim Ausschußsekretariat zwecks Erstellung einer Abstimmungsvorlage einzureichen.

**Jens Petring (GRÜNE)** regt für zukünftige Haushaltsplanberatungen/Beratungen an, unabhängig vom Ausschußprotokoll den Ausschußmitgliedern solche Beratungstermine mitzuteilen. - Der Ausschuß stimmt dem zu.

**Vor Behandlung des Tagesordnungspunktes 2** gratuliert die **Ausschußvorsitzende** sodann Ministerin Birgit Fischer zum Geburtstag, den sie am 04. Oktober habe begehen können.

**2**     **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK -**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3271

**Antonius Rösenberg (CDU)** fühlt sich namens seiner Fraktion in vielen Kritikpunkten, die in der Anhörung zur Sprache gekommen seien, bestätigt. Entsprechende Anträge werde die CDU-Fraktion formulieren, um für sie wichtige Inhalte im Gesetz verankert zu wissen. Problematisch sei beispielsweise im Zusammenhang mit der Betriebskostenverordnung die Personalbemessung. Den Stellungnahmen und schriftlichen Reaktionen der Anzuhörenden habe er entnommen, daß die Konsequenzen unterschiedlich beurteilt würden:

Die kommunalen Spitzenverbände sähen z. B. nicht die Gefahr, daß durch den Kompromiß Arbeitslosigkeit gefördert werde. Demgegenüber seien ausweislich der Zahlen des Ministeriums schon 4 000 Stellen betroffen. Das Problem solle sozialverträglich geregelt werden. Auswirkungen ergäben sich beispielsweise in Richtung auf Teilzeitarbeitsplätze. Demgegenüber formulierten die Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, daß die Neuregelung zur Personalanpassung zu einem gravierenden Personalabbau führen werde.

Der Gesetzgeber müsse den Fahrplan einhalten und durch eine zügige Verabschiedung des Gesetzes für Klarheit sorgen. Das sei nach Auffassung der CDU-Fraktion durchaus möglich. Änderungen des Gesetzestextes müßten zunächst die Ausschußberatungen passieren. Die Lösung des Problems dürfe nicht verschoben werden.

**Ute Koczy (GRÜNE)** überrascht die nachhaltige Zustimmung durch die CDU-Fraktion zum Zeitplan des Inkrafttretens, zumal die CDU-Fraktion bisher nicht unbedingt Bereitschaft gezeigt habe, den Gesetzentwurf mit zu tragen.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Wir wollen zu Pote kommen!)

Der 18./19. November 1998 als Termin für die zweite Lesung solle angepeilt werden. Aufgrund ihrer Erfahrungen wage sie jedoch zu bezweifeln, daß sich dieser Fahrplan werde einhalten lassen. Es gebe auch zwischen den Koalitionsfraktionen noch Beratungsbedarf.



IV B 1

Entwurf der

Rede

der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen,

Birgit Fischer,

anlässlich der 38. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 22. Oktober 1998 zu TOP 4

**Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche  
(u.a. Erfahrungen mit der Blue Box)**

Es gilt das gesprochene Wort!

## **1. Das Konzept der Jugendinitiative**

**Die Jugendinitiative „blue box - Wie wollen wir leben“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung fand in der Zeit vom 1. September 1997 bis zum 13. Juni 1998 statt.**

**Die Jugendinitiative wurde in gemeinsamer Verantwortung des damaligen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, heute MFJFG und MASSKS durchgeführt.**

**Die Initiative basierte auf einem Kreativwettbewerb, der sich an alle organisierten und nicht-organisierten Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren richtete. Dabei sollte den Jugendlichen mit der blue box-Zukunftswerkstatt eine Plattform geboten werden, die sich aufgrund ihrer speziellen Arbeitssphäre, der bereitgestellten Materialien und des Personals stark von ihrem schulischen Umfeld abhebt.**

**Im Mittelpunkt stand eine neunmonatige Tournee durch 21 Städte und Gemeinden des Landes, wobei alle Regionen Nordrhein-Westfalens berücksichtigt wurden.**

**Das Themenspektrum konzentrierte sich vor allem auf die Lebensbereiche von Jugendlichen:**

- \* Die Stadt der Zukunft**
- \* Freizeit, Sport, Lifestyle und Kultur**
- \* Freunde, Familie und die Liebe**
- \* Schule, Ausbildung und Beruf**

\* **Umwelt und Verkehr**

2. **Eingesetzte Informationsmedien**

Um die Jugendlichen und die Multiplikatoren (insbesondere Schule und Jugendhilfe) während der Dauer der Jugendinitiative mit geeigneten Informationsmaterialien zu erreichen, wurden folgende Printmedien entwickelt:

- \* Ein Informationsleporello mit einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Es enthielt alle wichtigen Informationen zur Jugendinitiative, zur blue box-Tour und zum Kreativ-wettbewerb;
- \* das blue box-Magazin: 4 Ausgaben à 15.000 Exemplare, welches in regelmäßigen Abständen zielgruppenspezifisch, versehen mit allen Basisinformationen zur Jugendinitiative, Interviews, Reportagen und Berichten informierte;
- \* ein pädagogischer Leitfaden zur Anleitung der Arbeit in dem blue box-Zelt - mit einer Auflage von 5.000 an Schulen, Jugendämtern und Jugendorganisationen verteilt;
- \* Plakate und Aufkleber mit einer Auflage von je 50.000 Exemplaren, um die Region auf die Aktion aufmerksam zu machen.

Gleichzeitig startete eine Homepage im Rahmen des Internets.

### 3. Erreichte Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Durch die blue box-Initiative wurden insgesamt über 7.600 Jugendliche erreicht, u.a.

- \* Teilnehmer/innen an Veranstaltungen im blue box-Zelt
- \* landesweit eingereichte Wettbewerbsbeiträge (93)

Insgesamt entstandene und berücksichtigte Wettbewerbsbeiträge 1.208.

Die Altersstruktur konzentrierte sich auf die 12- bis 17jährigen. In Einzelfällen (insgesamt 150 Teilnehmer/innen) war die Altersgruppe 8 bis 11 und 18 bis 20 Jahre vertreten.

Deutliche Favoriten bei der Themenwahl waren:

- \* Die Stadt der Zukunft
- \* Freizeit und Kultur und
- \* Umwelt und Verkehr.

Wie groß das Interesse aber auch außerhalb der unmittelbaren Veranstaltung war, zeigen die Zugriffe auf die Homepage. Insgesamt konnten 34.214 Zugriffe in den Monaten September 1997 bis Juni 1998 verzeichnet werden.

#### 4. Die Tour der blue box-Zukunftswerkstatt

\* Die 21 Städte:

Düsseldorf, Hattingen, Wuppertal, Münster, Lage, Ratingen, Köln, Duisburg im Jahre 1997;

\* Dortmund, Bielefeld, Aachen, Hamm, Rheine, Emmerich, Bochum, Arnsberg, Jülich, Siegen, Dinslaken, Porta-Westfalica und Gelsenkirchen in 1998.

Die Städte und Gemeinden beteiligten sich über das blue box-Zelt hinaus mit eigenen Veranstaltungen an der Zukunftswerkstatt. Viele Städte nahmen die blue box-Präsenz zum Anlass, themenverwandte Veranstaltungen für Multiplikatoren und Jugendliche anzubieten, um die kommunale Jugendarbeit zusätzlich zu intensivieren. Diavorträge, Filmnächte, Theateraufführungen, Musikkonzerte, Discoabende, Partys und ein Zukunftsgottesdienst wurden ebenso organisiert wie Tanz-, Theater-, Jonglier-, Rap- und Themen-Workshops.

Darüber hinaus nahmen die zuständigen Jugendhilfeausschüsse in der Regel die Gelegenheit wahr, in der blue box-Werkstatt Gespräche mit Jugendlichen zu führen oder um sich vor Ort einen Eindruck über Zukunftswünsche und -bedürfnisse der Jugendlichen zu verschaffen.

## 5. Die Kooperationspartner auf Landesebene

Die Initiative wurde vor allem von drei Kooperationspartnern unterstützt:

- \* der Landesentwicklungsgesellschaft NRW, die in 15 Tourstädten mit der Frage nach dem besten Entwurf der „Stadt der Zukunft“ zusätzliche Preise auslobte;
- \* die Landesbausparkasse, LBS, die in 13 Tourstädten die Frage stellte, wie wollen wir wohnen und ebenfalls die besten innenarchitektonischen Ideen prämierte;
- \* das Deutsche Jugendherbergswerk, welches sich in 10 Städten präsentierte mit „Wie soll die Jugendherberge der Zukunft aussehen?“. Auch hier wurden zusätzliche Preise vergeben.

Darüber hinaus ist noch die Firma Agfa Gevaert GmbH zu nennen. Auch das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft beteiligte sich mit einem Preis.

## 6. Sonderveranstaltungen des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund (ILS)

Ergänzend zum Zelt wurden vom ILS noch drei Fachveranstaltungen zu zentralen Fragen der Jugendarbeit durchgeführt.

## 7. Inhaltliche Bewertung

Die vielfältige Beteiligung von jungen Menschen an der blue box-Initiative lassen sich in folgenden inhaltlichen Feststellungen zusammenfassen:

- a) Die Chancen und Möglichkeiten, junge Menschen an der Mitgestaltung ihres Umfeldes zu beteiligen, sind dann am höchsten, wenn man ihnen die Gelegenheit gibt, eigene Produkte ohne technokratische und bürokratische Scheuklappen zu entwickeln und ihre Ideen selbstbewußt zu vertreten.
- b) Wichtig und unverzichtbar ist, Jugendlichen eigenen Gestaltungsspielraum zu geben, in denen sie unter sich und auch in ihrer Art und Weise Produkte entwickeln und sie öffentlich vertreten können.

So stellen sich Jugendliche die Stadt der Zukunft wie folgt vor:

Sie befindet sich häufig unter einer schützenden Glaskuppel, die den Menschen vor einer gänzlich lebensfeindlichen Umwelt isoliert. Die Form der Gebäude zeichnet sich dadurch aus, dass die Häuser in Citylage in die Höhe wachsen. Bestehende Stadtstrukturen werden aufgegriffen und weiterentwickelt. Die Dachflächen sind begrünt und als Ruhezonen nutzbar. Jede zur Verfügung stehende horizontal Fläche wird zur Schaffung einer kleinen Oase genutzt, was den Wunsch

nach mehr Natur im städtischen Raum verdeutlicht. Dieser Aspekt der Natur ist der übergreifende Gesichtspunkt, der junge Menschen bei der Stadt ihrer Zukunft interessiert. Es gibt deutliche Hinweise auf ökologische Bauformen, funktionales Wohnen, Rückzugsmöglichkeiten für Jugendliche, moderne Kommunikationseinrichtungen, familiengerechtes Sozialleben sowie Übernachtungsmöglichkeiten für Freunde und Bekannte.

Es geht aber auch um Freizeit, Sport, Kino und Disco, Spiel und Entspannung - kombiniert mit Einkaufen.

Zu Umwelt und Verkehr gibt es eine reiche Bandbreite von „no future“ bis zu „alles wird gut“.

In der Regel jedoch wird die Umwelt in Zukunft eher lebensfeindlich sein. Deshalb konzentrieren sich die Produkte auch auf

- \* Schutz vor diesen negativen Einflüssen;
- \* Entwicklung erprobter Technologien, um die wachsende Zerstörung der Lebensumwelt einzudämmen;
- \* Schaffung neuer individueller Fortbewegungsmittel und den Entwürfen zukünftiger Verkehrswege.

### Schule, Ausbildung und Beruf

Die Schule der Zukunft zeigt eine Verbindung zwischen Lernen und Entspannung, zwischen Anstrengen und Wohlfühlen, zwischen homogener vorgegebener Gestaltung und individuell flexiblen Ausgestaltungsmöglichkeiten.

Schule wird nicht nur als Ort des Lernens definiert, sondern als Ort der intensiven Begegnung mit Freunden und Klassenkameraden; Schulhöfe bilden Oasen, um die notwendige Einstimmung zu geben.

Arbeit bedeutet: Garantie auf Ausbildungs- und Praktikumsplätze, vor allem die Chance und das Recht, den erlernten Beruf auch ausüben zu können. Ernsthafte Bemühungen von Politik und Unternehmen werden nicht (an-)erkannt.

Das Image der Hauptschulen und des Hauptschulabschlusses muß verbessert werden, um ein neues und gestärktes Selbstwertgefühl bei den Schulabgängern in Konkurrenz mit anderen Schulformen zu ermöglichen.

### Freunde, Familie und die Liebe

Freunde und Freundinnen spielen für Jugendliche in ihren sozialen Strukturen auch zukünftig die zentrale Rolle. Die Familie verliert an Bedeutung, ist aber immer noch Ort des Rückzugs und der Unterstützung.

## Freizeit, Sport, Lifestyle und Kultur

Freizeit wird eindeutig durch den Sport dominiert. Dabei geht es aber weniger um klassische Sportarten als vielmehr um die neuen Fun-Sportarten, verbunden mit der Tendenz zur neuen Körperlichkeit: Inline-Skating, Skateboarding und Snowboarding sind „mega-in“.

Vor allem in kleineren Städten und Gemeinden spielen auch Jugendfreizeitzentren eine Rolle; sie bedürfen jedoch einer jugendgemäßen Ausstattung und Ausgestaltung sowohl in programmatischer wie in räumlicher Hinsicht.

### 8. Fazit:

- Der Landesregierung ist es mit der Initiative gelungen, Partizipation vor Ort zu unterstützen bzw. weiterzuentwickeln, neue Ideen einzubringen und Ansätze konkreter Gestaltungsmöglichkeiten zu initiieren oder aber den Prozeß der Partizipation in Gang zu setzen.
- Die beteiligten Jungen und Mädchen, die etwa in gleicher Zahl vertreten waren, haben sich durch die Initiative angesprochen gefühlt und sich engagiert beteiligt. Dies trifft nicht nur auf deutsche Jugendliche zu, etwa 1/3 waren ausländische Jugendliche.
- Allerdings waren es überwiegend Schulen, die sich an der Initiative beteiligten und die Chance nutzen; in den nachmit-

täglichen Aktivitäten engagierten sich aber auch außerschulische Jugendgruppen und -organisationen.

- Der angestoßene Prozeß hat gezeigt:

- \* dass Politik und Verwaltung den politischen Dialog mit Jugendlichen wollen, aber auch
- \* dass die Jugendlichen das Angebot zum politischen Dialog angenommen haben.

Er hat bewirkt:

- \* dass Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen stärker in das öffentliche Bewußtsein gerückt sind und
- \* dass ihre Zukunftsvorstellungen in den politischen Diskussionen ein höheres Gewicht erhalten.

Die blue box-Initiative ist beendet, nicht jedoch die Impulse, die von ihr ausgingen: So werden derzeit in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Städten, Möglichkeiten beraten, wie die konkreten Produkte, zumindest die prämierten, auch tatsächlich in die Tat umgesetzt werden können. Einige der Produkte sind sicherlich sehr umfangreich angelegt, aber die Ideen, die damit vermittelt werden sollen, können durch manchmal sehr einfache Maßnahmen realisiert werden.

Im übrigen: Die Ansprüche der Jugendlichen sind nicht weltfremd oder gar unrealistisch. Viele der Realisationsmöglichkeiten bedür-

fen manchmal nur kleiner politischer Entscheidungen und auch nur bescheidener Geldmittel.

Die Landesregierung hat mit der blue box-Initiative einen Anstoß gegeben und hofft, dass viele Impulse auf Dauer erhalten und fortgesetzt werden.